



## **Resolution des Kreistages Peine**

Im Wissen um die europaweiten rechtlichen Vorgaben, jegliche Art von Diskriminierung - auch in den Schulen - zu vermeiden und für eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Inklusionsangeboten zu sorgen, nehmen die Mitglieder des Kreistages Peine mit großem Verständnis die Bedenken und Ängste der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft der Förderschulen in der Trägerschaft des Landkreises Peine – ausgelöst durch veröffentlichte geplante, grundlegende Veränderungen im neuen Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes - zur Kenntnis.

Besonders die Streichung der Sprachheilklassen, die Aufhebung des Sek.-Bereiches I beim Förderschulschwerpunkt „Lernen“ und die angezeigte, viel zu geringe Zurverfügungstellung von Inklusionsstunden an den allgemeinbildenden Schulen, bereiten den betroffenen Zielgruppen vor Ort für die Umsetzung ihres schulischen Auftrags im Rahmen der inklusiven Beschulung große Probleme.

Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, für diese besonderen Fragestellungen ihre Vorschläge noch einmal im Sinne aller unserer Schülerinnen und Schüler - mit und ohne Förderbedarf - zu überdenken, um eine tragfähigere Praxisumsetzung zu ermöglichen.

Dazu scheint es uns erstrebenswert und wichtig, zur Verdeutlichung der angesprochenen Problemstellungen noch einmal den Dialog mit der Eltern- und Lehrerschaft zu suchen, um einerseits rechtzeitige, verstärkt situationsbezogene und Qualität erhöhende Lösungen zu finden, andererseits besondere Ausnahmesituationen und Härtefälle zu vermeiden.

Peine, den 15.12.2014

gez. Hans-Werner Fechner

gez. Christine Heuer